

Kultur / Frieden

Rat ö 07.02.2012

TOP:	Ö 13.1		
Gremium:	Rat der Stadt Osnabrück	Beschlussart:	ÄÄ ZG, geändert beschlossen
Datum:	Di, 07.02.2012	Status:	öffentlich/nichtöffentlich
Zeit:	17:00 - 23:00	Anlass:	Sitzung
Raum:	Rathaus, Ratssitzungssaal		
Ort:	Markt, Osnabrück		
	VO/2012/0377 Konzept Erinnerungskultur in Osnabrück		
Status:	öffentlich	Vorlage-Art:	Beschlussvorlage
Federführend:	Fachbereich Kultur	Bearbeiter:	Grewe, Christine

Beratungsverlauf:

Herr Bracke verweist auf das Ergebnis der Ausschussberatung und unterbreitet weiter namens der Zählergemeinschaft SPD/Bündnis 90 Die Grünen den folgenden Änderungsantrag

„Beschluss:

(bleibt unverändert)

Sachverhalt:

Der Text von „Hinweis: Die Anregungen...“ bis „einzugehen.“ bleibt unverändert.

3. Der Prozess (...) Vertretern der Opfergruppen und ~~bereits von Beginn an~~ mit Vertretern der politischen Gremien der Stadt Osnabrück erfolgen.

Zu Beginn wird ein Workshop veranstaltet, zu dem auch Vertreter/innen der im Rat vertretenen Fraktionen eingeladen werden.

Restlicher Text von „Hierzu gehören: ...“ bis „... - Vertreter/innen von Euthanasieopfern (Behindertenforum, Heilpädagogische Hilfe)“ bleibt unverändert.

~~Vertreter/innen des Kulturausschusses der Stadt Osnabrück“.~~

Frau Neumann bringt namens der CDU-Fraktion die Ablehnung zu dem Änderungsantrag zum Ausdruck. Sie verweist auf die ausführliche Ausschlussdiskussion und darauf, dass aufgrund der Ausschlussdiskussion die Verwaltung ihre ursprüngliche Vorlage überarbeitet habe. Sie spricht sich dafür aus, dem Verwaltungsvorschlag zuzustimmen. Der Vorschlag bezüglich der Durchführung eines Workshops wird in Anbetracht der guten Erfahrungen begrüßt. Ihr entsprechender Vorschlag aus dem Ausschuss sei von der Verwaltung bereits in die Vorlage eingearbeitet. Von der Zählergemeinschaft werde nun die gemeinsame Zusammenarbeit in Form eines Workshops als Auftaktveranstaltung gesehen, wohingegen die CDU Fraktion den wichtigen Aspekt der breiten Beteiligung der Politik in der gesamten Arbeit berücksichtigt sehen wolle. Der gesamte Prozess sollte von allen Ratsmitgliedern getragen werden.

Herr Sommer stellt namens der SPD Fraktion fest, dass der vorgelegte Änderungsantrag der Zählergemeinschaft dem im Kulturausschuss erzielten Kompromiss entspreche. Entgegen der Auffassung der CDU Fraktion, die sich dafür ausspreche, dass die Ratsmitglieder an dem gesamten Prozess der Erarbeitung beteiligt sein sollten, spreche sich die Zählergemeinschaft dafür aus, dass ein entsprechender Vorschlag von der Verwaltung unter Hinzuziehung von Experten erarbeitet werden solle.

Herr Cheeseman schließt sich namens der Fraktion Die Linken den Ausführungen von Herrn Sommer an und unterstützt die Forderung des Änderungsantrages. Er vertritt die Auffassung, dass die Entwicklung eines Konzeptes zur Erinnerungskultur nicht politisch gesteuert werden dürfe.

Frau Sliwka spricht sich namens der FDP-Fraktion für die Annahme des Antrages der Zählergemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen aus, da dieser dem im Kulturausschuss gefunde-

nen Kompromiss entspräche, wonach nach dem Auftaktworkshop unter Beteiligung von Ratsmitgliedern der anschließende Prozess ohne Mitwirkung der Politik stattfinden sollte.

Herr Mierke fordert, im Beschlussvorschlag Fraktionen und Gruppen zu nennen.

Herr Dauer signalisiert namens der CDU Fraktion Zustimmung zum ersten Absatz des Änderungsantrages. Die Streichung der Mitglieder des Kulturausschusses als Mitwirkende am Prozess der Erarbeitung des Konzeptes lehnt er jedoch ab, obwohl diese hierbei nicht die Hauptrolle spielen soll.

Frau Rzyski erläutert, dass aufgrund der Aussprache im Kulturausschuss der Kreis der Gruppen, die an dem Prozess der Erarbeitung des Rahmenprozesses beteiligt werden sollen, deutlich vergrößert wurde. Sie sieht Übereinstimmung in der Frage, dass die politischen Vertreter von der Mitwirkung am Workshop nicht ausgeschlossen sein sollten und die weitere Arbeit im Dialog kleinerer Gruppen geführt werden sollte. Insoweit sieht sie es nicht als zielführend an, Gruppen von der Erarbeitung des Konzeptes auszuschließen; inhaltlich sei zwischen der Beschlussempfehlung des Ausschusses und dem Änderungsantrag der Zählgemeinschaft für das weitere Vorgehen kein Dissens festzustellen.

Nach kurzer Aussprache kommt man überein, in dem von Frau Rzyski vorgetragenen Verständnis der Verwaltungsvorlage mit der von der Zählgemeinschaft vorgetragenen Änderung zuzustimmen.

Abweichender Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit den im Bereich der Erinnerungskultur tätigen relevanten Einrichtungen und Initiativen ein Rahmenkonzept für die Fortführung und Profilierung der Erinnerungskultur in Osnabrück **in Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus** zu erarbeiten und dem Rat der Stadt Osnabrück zur Beschlussfassung vorzulegen.

Im Sachverhalt lautet die Ziff. 3 wie folgt:

Der Prozess der Erarbeitung des Rahmenkonzeptes wird durch das Büro für Friedenskultur der Stadt Osnabrück koordiniert und soll in enger Kooperation mit den im Bereich der Erinnerungskultur, der Vermittlung, Lehre und Forschung tätigen, relevanten Einrichtungen und Initiativen sowie mit Vertretern der Opfergruppen erfolgen.

Zu Beginn wird ein Workshop veranstaltet, zu dem auch Vertreter/innen der im Rat vertretenen Fraktionen/Gruppe eingeladen werden.

Hierzu gehören:

...

...

~~Vertreter/innen des Kulturausschusses der Stadt Osnabrück~~

Der Rest des Absatzes 3 bleibt unverändert.

Abstimmungsergebnis:

Abweichender Beschluss wird mehrheitlich gegen zwei Stimmen **beschlossen**.